

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/125

Bonn, den 6. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
5	Richtung Zukunft	115

Zur Verabschiedung der "Bildungspolitischen Leitsätze der SPD"  
Von Klaus Helfer  
Kulturpolitischer Referent des SPD-Parteivorstandes

56	Waldpolitik nicht hinter dem Rücken der Vertriebenen	40
----	--	----

Willy Brandt vor der Seligergemeinde

4	Hoffnung auf die SPD	40
---	----------------------	----

Von Georg Kronawitter  
Agrarpolitischer Referent der SPD in Bayern

5	6	Millionen für die Gesundheit	47
---	---	------------------------------	----

Die großen Gemeinschaftsaufgaben  
Hessens Krankenhäuser werden mobilisiert  
Die Lösung der Krankenhausfrage

\* \* \*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

6. Juli 1964

### Richtung Zukunft

Zur Verabschiedung der "Bildungspolitischen Leitsätze der SPD"

Von Klaus Heifer,

Kulturpolitischer Referent des SPD-Parteiverstandes

Das bildungspolitische Programm der SPD steht zur Diskussion. Einmütig verabschiedeter Parteiverstand, Parteirat und Kontrollkommission in gemeinsamer Sitzung am 2. Juli die Vorlage "Bildungspolitische Leitsätze der SPD" einstimmig erklärten sie dieses Dokument zur Grundlage der künftigen sozialdemokratischen Bildungspolitik im Bund, in den Ländern und Gemeinden. Man darf wohl behaupten, daß dieser Vorgang nicht nur für die Sozialdemokratie sondern für unser ganzes Volk weitreichende Bedeutung haben wird. Die SPD ist damit die erste politische Partei unseres Landes, die ihre Vorstellungen für die Bewältigung der "Gemeinschaftsaufgabe Bildung" der Öffentlichkeit unterbreitet. Ihr Programm ist aber zugleich auch die erste umfassende Gesamtkonzeption, die für die weitere Entwicklung des Erziehungs- und Ausbildungswesens der Bundesrepublik erarbeitet wurde.

### Für die Gesundung des deutschen Bildungswesens

Die bildungstheoretische Diskussion betont seit langem die Notwendigkeit, alle Maßnahmen und Einrichtungen für Erziehung und Auszubildung als untrennbar aufeinander bezogene Elemente eines umfassenden Systems zu behandeln, dessen innere Ordnung und Leistungsfähigkeit entscheidende Bedeutung auch für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zukommt. Die in den meisten Fällen nur auf Teilbereiche gerichteten Vorhaben und Planungen der bisherigen bildungspolitischen Praxis in der Bundesrepublik haben allerdings immer wieder gegen diese Forderung verstoßen und so zu jenen schweren Gleichgewichtsstörungen unseres Bildungswesens beigetragen, deren gefährliche Auswirkungen schließlich das Wort vom "Bildungsnotstand" in die politische Debatte unserer Tage wand.

Was die Öffentlichkeit in den letzten Monaten alarmierte, von den sinkenden Abiturientenzahlen über die Gefahren eines katastrophalen Lehrermangels und einer den Anforderungen der industriellen Arbeitswelt nicht mehr genügenden Berufsausbildung bis zu den Notsignalen aus unseren Universitäten und Hochschulen - alle diese und viele andere bedrohliche Zeichen sind im Grunde nur Symptome einer strukturellen Krise unseres Bildungswesens, die gleich einer allgemeinen Kreislaufschwäche nicht an einzelnen Punkten, sondern nur durch eine umfassende "Gesamtheitstherapie" zu kurieren ist.

### Keine Wunderdroge

Die "Bildungspolitischen Leitsätze der SPD" sind keine Wunderdrogen, die rasche Heilung versprechen. Sie schlagen vielmehr eine Vielzahl wohlbestimmter Maßnahmen vor, unter deren Anwendung un-

den Erziehungs- und Ausbildungswesen allsühlich gesunden könnte. Ihre einzelnen Rezepte sind dabei nicht etwa die Frucht einer spezifisch "sozialistischen" Hoffkunde, sondern die Anwendung internationaler Erfahrungen auf unsere Verhältnisse. Sozialistisch ist ihnen ins der politische Wille der deutschen Sozialdemokratie, die Prinzipien der Bildungs- und Ausbildungsreformen aller demokratischen Industrienationen auch in unserem Lande zum Nutzen des ganzen Volkes zum Durchbruch zu verhelfen.

Die "Bildungspolitischen Leitsätze" versuchen zwar, die Übel an der Wurzel zu packen. Dennoch verstoßen sie keine "Radikalität" in dem Sinne, daß sie die gewachsenen Traditionen und das geliebte Erbe unseres Volkes etwa kurzerhand über Bord werfen. Wo sie für Eingriffe in unser Erziehungs- und Ausbildungswesen plädieren, soll das Erhaltenswerte aus den verkrusteten Formen einer überwundenen Vergangenheit befreit werden, um sich unter den Bedingungen unserer Zeit neu entfalten zu können.

#### Kein kulturelles Einheitsrezept

Schließlich verordnet das bildungspolitische Programm der SPD auch kein kulturpolitisches Einheitsrezept, aus dem das was sich in den einzelnen Bundesländern bis heute unterschiedlich entwickelt, überall der gleichen Therapie unterwirft. Gerade dadurch aber hat es die Chance der politischen Verwirklichung und eine rechte Aussicht, zur allmählichen Vereinheitlichung unseres Bildungswesens beizutragen. "Vereinheitlichung" heißt dabei nicht notwendigerweise die Linierung aller inneren Unterschiede, sondern in erster Linie die Angleichung der Leistungsfähigkeit der Bildungseinrichtungen, wo dies die Überwindung des Zwiespals der einzelnen Bundesländer bestehend Bildungsgüter erfordert. Wo einheitliche Maßnahmen notwendig und politisch durchführbar sind, wird die SPD überall diese Maßnahmen fördern. Wo die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Strukturen entwickeln, kann die Anwendung der gleichen Prinzipien durchaus über unterschiedliche Lösungen im einzelnen zu den gleichen Zielen führen. So erlauben z.B. die Vorschläge zur Reform des Schulwesens, die bestehenden Schulsysteme organisch weiterzuentwickeln und auf den von den Anforderungen der Zukunft bestimmten Belastungsstand zu heben.

#### Ein Programm der Verständigung

Der Verzicht auf jede dogmatische Rechthaberei ist vielleicht das hervorsteckendste Merkmal dieses Programms. Dies gilt

Ostpolitik nicht hinter dem Rücken der Vertriebenen

Willy Brandt vor der Seligergemeinde

so - Das 4. Bundestreffen der Seligergemeinde, ein Zusammenschluß von sudetendeutscher Sozialdemokraten, in der Fürstbistumsstadt Görlitz, gab wohl das denkbar beste Forum ab für die Darlegung von Gedanken über eine aktive deutsche Ostpolitik, eingebettet in den Rahmen einer allgemeinen europäischen Friedenspolitik. Die Seligergemeinde hat viele Freunde in der Welt. Vertreter des britischen Unterhauses und Mitglieder aus den skandinavischen Parlamenten versäumen es nie, auf ihren Tagungen zu erscheinen; so gehört zu den regelmäßigen Besuchern der ehemalige britische Deutschlandminister John Hynd, ein Mann, der in den dunkelsten Zeiten des Weltkrieges seinen Glauben an die Regenerationskraft der deutschen Demokratie nicht verlor.

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten stunden, bevor die Sudetendeutschen durch ein grausames Geschick vertrieben wurden, in einem fast hundertjährigen Ringen um den Aufstieg des arbeitenden Menschen zum vollberechtigten Staatsbürger und um die Gleichberechtigung der Völker im Donauraum. Das Nationalitätenprogramm, das sie um die Jahrhundertwende entwickelten, bietet heute noch eine brauchbare Grundlage für eine föderativ gegliederte Staatenordnung, in der alle Völker ihren gleichberechtigten Platz haben. Daraus bezogen sich diese Gedanken auf den Raum der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Heute sind sie anwendbar auf die Beziehungen zwischen den westlichen und den in der sowjetischen Einflußsphäre lebenden Völkern. Das Programm, weit in die Zukunft schauend, nahm vorweg, wonach heute gehandelt wird.

Vor deutschen Patrioten und guten Europäern entwickelte Willy Brandt seine Vorstellungen über eine deutsche Ostpolitik: die, soll sie wirksam werden, nicht hinter den Rücken der Vertriebenen erfolgen darf. Das schließt mit ein die Fürsorgepflicht gegenüber dem sudetendeutschen Volksteil. Deutsche Ostpolitik muß unter dem Zeichen der Gewaltlosigkeit und einer absoluten Friedensgesinnung stehen - wir verlieren sonst die Unterstützung der Westmächte, würden uns selbst isolieren - und sie muß jedes Land individuell berücksichtigen, den verschiedenen Entwicklungen in den Ostblockstaaten Rechnung tragen. Vor allem muß sie sich bemühen, die Lage der Menschen in den osteuropäischen Staaten erleichtern zu helfen, die die deutsche Sprache sprechen. In Polen allein leben etwa 700 000 Menschen deutscher Zunge.

Große Proklamationen mit allgemeinen Leitsätzen als Richtungsweiser sind notwendig, sie verlieren jedoch an Blutgehalt, kommt nicht Politik hinzu. Auf die kleinsten Schritte, auf das ständige Bemühen kommt es an. Die Errichtung von Handelsmissionen in und ein Kulturaustausch mit den Ostblockstaaten können gewiß keine Wunderdinge erwirken, aber sie machen die Bundesrepublik in diesen Ländern präsent und können vielleicht mit der Zeit das Deutschlandbild eines Überichts und der Kommunisten, wir wären ein Volk von Revanchisten und Kriegstreibern, zerstören. Hier, in der Bekundung unseres friedlichen, in den Rahmen einer europäischen Friedenspolitik einbezogenen Willens liegen Möglichkeiten und Chancen; sie zu nutzen, erfordert Mut, Kühnheit und Initiative.

Hoffnung auf die SPD

Von Georg Kronawitter  
Agrarpolitischer Referent der SPD in Bayern

Das erklärte Ziel der SPD ist es, den bedrohten kleineren und mittleren Landwirten Heimat, Eigentum und Bodenverbundenheit zu erhalten und sie am Wohlstand und an der Freizeit der im Gewerbe und in der Wirtschaft beschäftigten Menschen in gleicher Weise teilhaben zu lassen.

Wenn das erreicht werden soll, genügen unverbindliche Redensarten, wie sie von Zeit zu Zeit von Regierungsmitgliedern zu hören sind, nicht. Erforderlich hingegen ist ein Bündel von konkreten Maßnahmen:

- \* Soziale Sicherheit für die Alten, deren Erben den Kleinblütlichen Hof nicht mehr weiter führen wollen;
- \* gezielte Umschulung und Schaffung von erreichbaren gewerblichen Arbeitsplätzen für alle, die nicht mehr bereit sind, Landwirt zu werden oder zu bleiben, sowie
- \* echte Chancen durch Zuerwerb, Zapacht und Zukauf für den, der Landwirt bleiben will.

Diese Probleme der kleinen und mittleren Landwirte standen im Mittelpunkt der 2. Agrarpolitischen Landeskonferenz der SPD in Bayern, die kürzlich in Wilshofen stattfand. Es war erstaunlich, wie sachlich offen und freimütig in den vier Arbeitskreisen die vorgelegten Diskussionsgrundlagen erörtert wurden. Man war sich darin einig, daß auch in der heutigen Zeit der kleinere und mittlere Landwirt sowohl eine Berechtigung als auch eine gute Möglichkeit habe, sich im verschärfenden Wettbewerb in der EWG zu behaupten. Voraussetzung ist allerdings, daß sich moderne betriebswirtschaftliche Organisationsformen durchsetzen.

Mit agrarpolitischen Mitteln allein ist vielen kleinen und mittleren Landwirten heute nicht mehr zu helfen. Als besonders dringlich wurde von den an der Landeskonferenz teilnehmenden Landwirten eine rasche Verbesserung der sozialen Sicherheit gefordert, die z.B. in Dänemark, Schweden, Holland und Frankreich wesentlich günstiger gestaltet ist. Auch die Fragen der Landschaftsreform und der Industrieanpassung spielten in der Diskussion eine bedeutende Rolle. Die teilnehmenden Bauern zeigten sich nicht nur sehr aufgeschloszen, sondern brachten von sich aus viele Anregungen.

Wenn es in den letzten Jahren darum ging, mit sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und kulturpolitischer Mitteln dem kleineren und mittleren Landwirt unter die Arme zu greifen, zeigte die CSU-Regierung eine hartnäckige Rückständigkeit. Auch dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Baron von Feury, wurde vorgeworfen, er vertrete in erster Linie die Interessen von ein paar TausendGroßbauern, während er die eigentlichen Probleme der rund 95 Prozent kleinen und mittleren Landwirtschaft in Bayern weitgehend übergehe oder nicht in der notwendigen Schärfe sehen wolle.

Kennzeichnend für die 2. Agrarpolitische Landeskonferenz der SPD in Bayern war es, daß neben den Vertretern ländlicher Parteiorganisationen und den SPD-Abgeordneten Johann Maag, Fritz Gentner, Dr. Luise Haselmayr, Alfons Gerstl und Anton Hochleitner über 50 Landwirte aus allen Teilen Bayerns anwesend waren, von denen über die Hälfte der Sozialdemokratischen Partei nicht angehören. Das ist ein berechtetes Zeugnis dafür, daß in Bayern immer mehr Landwirte die agrarpolitischen Bemühungen der SPD unterstützen.

6. Juli 1964

## Hillicnen für die Gesundheit

Die großen Gemeinschaftsaufgaben  
Hessens Krankenhäuser werden vorbildlich  
Die Lösung der Krankenhausfrage

In seiner Regierungserklärung bezeichnete der hessische Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn die Förderung der Krankenhäuser als eine der großen sozialpolitischen Aufgaben des Landes. Anlaß zu dieser programmatischen Erklärung war die unbestrittene Tatsache, daß das Krankenhauswesen trotz erheblicher Anstrengungen in den letzten Nachkriegsjahren auch in Hessen einer umfassenden Sanierung bedarf, die von den Trägern der Krankenanstalten nicht mehr allein bewältigt werden kann. "Unsere besondere Sorge wird deshalb auch weiterhin den Krankenhäusern gelten. Seit 1959 konnte die Bettenzahl um 3.500 vermehrt werden. Ein neues Sechsjahresprogramm soll weitere 7.000 Betten schaffen." Das kündigte der hessische Regierungschef Dr. Zinn in seiner Regierungserklärung vor dem Hessischen Landtag an.

Schopenhauers Worte, "Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts", sollen nach dem Willen des hessischen Ministerpräsidenten die Gesundheitspolitik des Landes bestimmen. Im Staatsminister Heinrich Hensath, der für das Gesundheitswesen Hessens zuständig ist, hat Dr. Zinn einen Mitarbeiter, der sich mit besonderer Sachkunde und Energie dieser Aufgabe annimmt.

### 7.000 Betten fehlen

Im Frühjahr 1961 ließ Minister Hensath dem Hessischen Landtag eine Denkschrift zur Krankenhaus-Situation übergeben. Die entscheidende Feststellung war, daß neben rund 28.370 Normalbetten in den Krankenhäusern etwa 4.400 sogenannte Notbetten standen, die noch notwendig waren, um den dringenden Bedarf decken zu können. Nach dem allgemein anerkannten Richtwert, daß auf 1.000 Einwohner sieben Krankenhausbetten kommen sollen, ergab sich ein rechnerischer Mangelbestand von rund 7.000 Betten. Unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Kostenkurve von 48.000 DM pro Bett bedeutete diese Feststellung einen Finanzbedarf von rund 310 Millionen DM, zu denen noch die Kosten der gesamten Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in bereits vorhandenen Krankenhäusern hinzu kommen.

Der Finanzbedarf für alle erforderlichen Bau-, Vergrößerungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen ist gewaltig. In einer 1963 erfolgten Sondererhebung wurde festgestellt, daß insgesamt Investitionen von über 800 Millionen DM notwendig sind.

- \* Das Land ist gewillt, diese große Aufgabe gemeinsam mit den
- \* kommunalen und freien gemeinnützigen Krankenhausträgern in
- \* einem Sechsjahresplan zu lösen. Ab Haushaltsjahr 1964 wer-
- \* den jährlich 50 Millionen DM als verlorene Zuschüsse bereit-
- \* gestellt.

6. Juli 1964

Die Finanzierungshilfe gibt dem Land nicht nur die Möglichkeit, den Krankenhäusern wirksam zu helfen, sondern auch ordnend und koordinierend einzugreifen, örtliche Fehlinvestitionen weitgehend zu verhindern und damit dem Ordnungsauftrag der Verfassung zu entsprechen.

Die Bilanz, die Minister Hemsath für die letzten 13 Jahre in Hessen ziehen konnte, ist mehr als erfolgreich. Für Neubauten, Erweiterungen, Modernisierungen und Ergänzungen der Einrichtungen wurden von 1951 bis 1963 insgesamt rund 150 Millionen DM aus Landesmitteln als verlorene Zuschüsse gewährt. In diesem Jahr werden vom Land allein etwa 50 Millionen DM dafür den Kommunen und den Freigemeinnützigen Verbänden, die Träger von Krankenhäusern sind, zur Verfügung gestellt.

Durch das Krankenhaus-Programm des Landes wurden in den Jahren 1951 bis 1959 6 440 neue Unterbringungsmöglichkeiten und in den Jahren 1960 bis 1962 weitere 2 460 Krankenbetten geschaffen. Darüber hinaus entstanden von 1958 bis 1963 insgesamt 57 Schwesterwohnheime.

Am 31. Dezember 1962 gab es in Hessen 27 870 planmäßige Betten in Krankenanstalten und Fachabteilungen für Akutkranke. Somit kamen auf 1 000 Einwohner 5,58 planmäßige Betten. Wenn man als Planungswert sieben Betten auf 1 000 Einwohner berechnet, so bedeutet das nach den derzeitigen Verhältnissen ein Bettenmangel in den Krankenhäusern für Akutkranke von rund 50 000. Dieser rechnerische Fehlbetrag von 7 000 Betten soll in den nächsten Jahren noch ausgeglichen werden.

Minister Hemsath sieht es als ein weiteres Ziel des Krankenhausplanes an, neben dem Neubau von Krankenhausbetten auch die Modernisierung bestehender Krankenhäuser tatkräftig zu fördern. Sie müssen den modernen medizinisch-hygienischen Gesichtspunkten angepaßt werden.

"Der Haushaltsplan kann auch die personelle Situation im Krankenhaus nicht übersehen", sagte Minister Hemsath. Er betonte, daß jedes noch so moderne Krankenhaus ein Torso bleiben müsse, wenn es nicht über einwandfreie und neuzeitliche Schwesterwohnheime verfüge. Gerade die Schwestern, die Tag und Nacht unermüdlich ihren Dienst am Nächsten verrichten, haben nach Ansicht der Hessischen Landesregierung ein Anrecht darauf, vorbildlich untergebracht zu werden. So bildet der Bau von Schwesterwohnheimen innerhalb des Krankenhausförderungs-Programms einen nicht unbedeutenden Schwerpunkt.

#### Hessen vorn

Der Slogan der Hessischen Landesregierung "Hessen vorn" ist keine Ehrase. Er ist Wirklichkeit. Das beweist eindeutig das hier skizzierte Krankenhausförderungs-Programm. Es ist nicht nur durch die größere Wirtschafts- und Steuerkraft des Landes Hessen möglich, einen solchen Plan in die Tat umzusetzen, sondern vor allem auch durch das vertrauensvolle Verhältnis und die verbündete Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Gemeinden. Die gezielte Förderung durch Landesmittel wirkt sich gerade auf dem Krankenhausssektor gegenseitig für alle hessischen Landkreise aus, weil sie auch die wirtschaftlich schwächsten in die Lage versetzt, moderne Krankenhäuser zu bauen, so daß sie den wohlhabenderen Gebieten gegenüber nicht nachstehen.